

Beschluss des Parteitags der SPD Köln am 22.03.2025

Zukunft von Ford in Köln sichern – Unterstützung und Solidarität jetzt

Das Zurückziehen der seit 2006 bestehenden Patronatserklärung des US-amerikanischen Ford-Mutterkonzerns für den Ford-Standort Köln ist nach den angekündigten massiven Stellenstreichungen eine weitere schwere Bürde für die Zukunftssicherung des Kölner Ford-Werkes und eine bittere Nachricht für die tausenden Ford-Angestellten und ihre Familien. Wir stehen geschlossen und solidarisch an der Seite der Beschäftigten, des Betriebsrates und der IG Metall in deren Kampf für eine gute Perspektive des Ford-Werkes Köln. Es muss jetzt alles getan werden, eine gute Perspektive für das Kölner Werk zu entwickeln. Dabei sind alle gefragt – Stadt, Land, Bund und EU. Denn Ford ist systemrelevant für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts Köln.

Deshalb beschließt der Parteitag der KölnSPD:

1. Die Oberbürgermeisterin und der Wirtschaftsdezernent sind jetzt massiv gefordert. Sie müssen in intensive Gespräche mit der deutschen Geschäftsleitung eintreten über ein tragfähiges Zukunftskonzept für den Ford-Standort Köln. Dabei muss der ganze Stadtvorstand und allen relevanten Kräften innerhalb der Stadtverwaltung alle Unterstützung anbieten, die die Stadt Köln leisten kann.
2. Köln hinkt beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos gegenüber anderen Großstädten hinterher. Kein Wunder, denn in Köln muss die Genehmigung jedes einzelnen Ladesäulen-Standortes mit insgesamt 18 Ämtern abgestimmt werden. Vom Antrag bis zum Bau einer Ladesäule dauert es im Schnitt 18 Monate. Wir fordern, die Kompetenzen für den Ausbau der E-Auto-Ladestationen in der Stadtverwaltung zu bündeln und den Genehmigungsturbo zu zünden, damit Anträge in weniger als vier Monaten beschieden werden.
3. Dieser schleppende Ausbau muss auch durch den Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur massiv beschleunigt werden. Private Immobilieneigentümer*innen sowie Vermieter*innen, Immobiliengesellschaften etc. müssen Anreize erhalten, ggfs. auch in Kooperation mit der RheinEnergie die Ladeinfrastruktur auch im privaten Raum schnell und unbürokratisch einzubauen zu lassen.
4. CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst muss Ford jetzt endlich nach ganz oben auf die landespolitische Tagesordnung setzen. Er muss dazu auch direkte Gespräche mit dem Ford-Management in den USA führen. Industriepolitik ist auch Landespolitik. Wenn die US-Mutter dem Ford-Standort Köln den Insolvenzschutzschirm entzieht und nicht mehr für mögliche Schulden bürgt, muss das

Land prüfen, wie es mit Landesbürgschaften das Kölner Werk unterstützt in dem Strukturwandel, dem die gesamte deutsche Automobilindustrie ausgesetzt ist. Zudem schließen wir uns der Forderung unserer SPD-Landtagsfraktion an die Landesregierung an, auch im Interesse von Ford, einen 30 Mrd. Transformationsfonds aufzunehmen und zügig umzusetzen.

5. Die künftige Bundesregierung muss dringend die Wiedereinführung einer attraktiven Kaufprämie für Elektroautos bzw. Umtauschprämie beim Umstieg vom Verbrenner auf Elektroauto durchführen. Neben einer Kauf- oder Umtauschprämie als Anreiz zum Umstieg schlagen wir Steuerbegünstigungen und schnellere Abschreibungen für dienstliche E-Fahrzeuge vor. Um das Ziel zu erreichen, dass in der EU bis zum Jahr 2035 nur noch Neufahrzeuge mit Elektromotor verkauft werden, muss insbesondere die Entwicklung erschwinglicher Modelle für breite Bevölkerungsgruppen unterstützt werden, auch um die soziale Gerechtigkeit zu wahren.
6. Der Bund soll E-Auto-Kleinkredite für Haushalte mit kleinem Einkommen anbieten: Zusätzlich zur Kaufprämie oder Umtauschprämie erhalten Haushalte mit kleinem Einkommen einen zinsgünstigen Kleinkredit für den Kauf oder das Langzeitleasing eines Elektroautos nach französischem Vorbild.
7. Der Bund muss durch einen Steuernachlass den Ladestrom deutlich preiswerte machen. Die Kosten für das Laden von Elektroautos sind ein zentrales Hindernis für den Umstieg. Eine Absenkung der Strompreise für das Laden von Elektrofahrzeugen, etwa durch eine gesetzliche Neuregelung der EEG-Umlage oder spezielle Tarife, ist dringend erforderlich. Ein Weg: Die Absenkung der Netzentgelte auf 3 Cent. Darüber hinaus brauchen wir eine grundsätzliche Absenkung der Netzentgelte sowie eine nachhaltige Deckelung der Energiepreise für Industrieunternehmen.
8. Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Investitionen in Forschung und Entwicklung und die Mittel für nachhaltige Antriebe Innovationen in der Batterieproduktion, bei alternativen Antrieben und Recyclingtechnologien massiv ausgeweitet werden.
9. Ein "Zukunftsfoonds Automobilwirtschaft" muss geschaffen werden, der Unternehmen bei der Transformation hin zu nachhaltiger Mobilität unterstützt und Qualifizierungsprogramme für die Beschäftigten fördert.
10. Wir brauchen einen Deutschland-Bonus für Batterieproduktion. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen und unabhängiger von störanfälligen, globalen Lieferketten zu werden, sollen Batterieproduzenten unterstützt werden, die in

Deutschland forschen und fertigen. Dabei müssen gezielt die Standorte der Automobilproduktion gestärkt und um die Batterieproduktion aufgewertet werden. Hier bietet das Ford-Gelände in Köln beste Voraussetzungen. Daher muss auch die Kölner Stadtverwaltung alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Ansiedlung der entsprechenden Unternehmen und die Transformation der erforderlichen Flächen aktiv anzugehen.

11. Wir fordern die EU-Kommission in Brüssel auf, keine aktuell drohenden Strafzahlungen gegen die deutschen Automobilhersteller im Zusammenhang mit den CO2-Flottengrenzwerten zu verhängen. Diese Mittel müssen jetzt in Investitionen in klimafreundliche Fahrzeuge und die Sicherung von Arbeitsplätzen fließen. Die Bundesregierung muss mit der EU-Kommission in Verhandlungen eintreten, die Ziele beizubehalten, aber den Weg dorthin pragmatischer zu gestalten.

Begründung:

Die Zukunft des Autos liegt in der Elektromobilität. Doch die Transformation dahin ist ein steiniger Weg, der nicht auf Kosten der Beschäftigten und der Automobilhersteller gehen darf. Es gilt, in dem Strukturwandel industrielle Kerne der Automobilindustrie zukunftssicher zu ertüchtigen. Denn neben den Autoproduzenten selbst steht eine Vielzahl an Zulieferunternehmen mit ebenfalls tausenden von Arbeitskräften auf dem Spiel. Politik darf die Automobilindustrie in diesem Prozess nicht alleine lassen, sondern muss aktive Unterstützung leisten – auf allen politischen Ebenen von der Kommune, über Land und Bund bis zur EU.